

Mayer, Otto G.

**Article — Digitized Version**  
**Carters Alleingang**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Mayer, Otto G. (1979) : Carters Alleingang, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 6, pp. 264-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135322>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

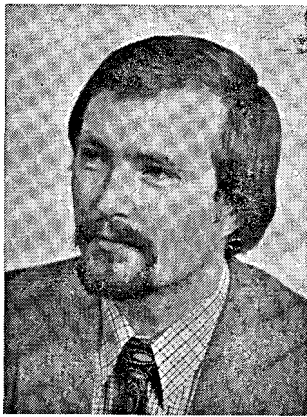
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Otto G. Mayer

## Carters Alleingang

Es ist nicht das erste Mal, daß die Welt und die Verbündeten Amerikas durch eine gewisse Sprunghaftigkeit Carterscher Politik verunsichert werden. Kaum für die Absicht gelobt, die US-Ölpreise endlich dem Weltmarktniveau schrittweise anzupassen, überraschte seine Administration mit einer Subvention von 5 \$ pro importiertem Barrel Diesel und leichtem Heizöl, um die US-Gesellschaften zu zusätzlichen Importen bis zu 150 000 Barrel pro Tag anzuregen.

Nun muß die auf die Zeit vom 1. Mai bis 31. August befristete Ölimportsubvention nicht unbedingt eine Kehrtwendung der Carterschen Energiepolitik bedeuten. Einer konsequenten Verfolgung des strategischen Ziels der Energieeinsparung stehen offenbar taktische Überle-

gungen entgegen: Der vergangene strenge Winter legte Engpässe in der Energieversorgung offen und ließ die Vorräte auf ein gefährlich niedriges Niveau absinken. Und einen neuen problembeladenen Winter glaubt Carter sich wohl politisch nicht leisten zu können, da ausgerechnet im kalten Nordosten, in New Hampshire, im nächsten Winter die Vorwahlen der Demokratischen Partei stattfinden.

Auch wenn man den innenpolitischen Überlegungen Carters ein gewisses Maß an Verständnis entgegenzubringen vermag, ist schwer einzusehen, warum ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt der labilen Ölmärkte eine Maßnahme, die übrigens schon seit längerem für andere Öleinfuhren gilt, auf knappes Heizöl und Diesel ausgedehnt werden mußte. Wenn die US-Raffinerien aufgrund der vorgeschriebenen Höchstpreise nicht genügend Destillate produzieren, läßt sich das Problem dadurch auf Dauer sowieso nicht lösen. Und kurzfristig ist es alles andere als sicher, ob die gewollte Umlenkung von kanadischen und westindischen Destillaten vom Rotterdamer Spotmarkt in die USA gelingen wird. Der ohnehin für jeden Druck anfällige Markt in Rotterdam reagierte sofort mit einem Aufschlag auf den Heizölpreis und bezog damit die US-Subvention in seine Kalkulation ein.

Dabei ist das Fatale an dieser Politik wohl weniger in der direkten Verschärfung der Preisentwicklung auf dem Rotterdamer Markt zu sehen als in den indirekten politischen Auswirkungen, die angemessene internationale energiepolitische Maßnahmen erschweren können.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß aufatmend registriert wurde, daß es gelungen schien, die USA in die internationale energiepolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Energieagentur (IEA) einzubinden, und damit die Hoffnung verknüpft wurde, die USA würden die internationalen Aus-

wirkungen ihrer Energiepolitik zumindest stärker als bisher berücksichtigen.

Die Hoffnung trog anscheinend, da die USA auf der kurz zuvor stattgefundenen Tagung der IEA von ihren Absichten offiziell nichts haben verlauten lassen. Ein derartiger Schlag gegen alle Bemühungen um eine internationale Koordinierung der Energiepolitik kann nicht allein mit amerikanischer Hemdsärmeligkeit abgetan werden. Denn solche Alleingänge verstärken nicht nur die Probleme zwischen den westlichen Industrieländern. Auch weitere Spannungen zwischen Nord und Süd können nicht ausbleiben, wenn starke Industrieländer aus kurzfristigen Überlegungen heraus die Ölpreise in die Höhe drücken und den Entwicklungsländern dadurch zusätzliche Probleme aufhalsen.

Hinzu kommt, daß die Preissteigerungen auf dem Rotterdamer Markt und die dadurch von den beteiligten Gesellschaften erzielten Knappheitsrenten international und national erneut die Befürworter von Regulierungen, Preiskontrollen und Verstaatlichungen auf den Plan gerufen haben, als ob dadurch ein Tropfen Öl mehr auf den Markt käme. Bei aller Unvollkommenheit bieten – wie die Erfahrung zeigt – marktwirtschaftliche Regelungen immer noch die beste Gewähr für die notwendigen Anpassungsprozesse und für die Minimierung unumgänglicher Friktionen. Je größer jedoch die politisch (und auch durch ökonomische Knappheiten) bedingten Preissteigerungen sind, desto stärker dürfte die Abneigung wachsen, marktwirtschaftliche Regelungen beizubehalten, geschweige denn überhaupt – z. B. in den USA – einzuführen und die Anpassungslasten durch nationale und internationale Transfers zwischen Bevölkerungsgruppen und Ländern gerechter zu verteilen. Die Hoffnung auf warme Wohnungen in New Hampshire kann uns alle noch recht teuer zu stehen kommen.